SPD-Fraktion in Altenburg zieht Verfassungsklage gegen Gemeindefusion Saara-Nobitz zurück

Demonstration für die Fusion von Saara-Nobitz auf dem Altenburger Marktplatz, vor der Sondersitzung des Stadtrats. Foto: Petra Lowe

Verfassungklage geplatzt, Stellung gegen die Fusion Saara-Nobitz mehrheitlich bezogen. Das ist das Ergebnis der Sondersitzung des Altenburger Stadtrates am Montagabend.
Altenburg. Nach einer aufgeregten Debatte hatte SPD-Fraktionschef Nikolaus Dorsch den Antrag der Sozialdemokraten zurückgezogen, die eine Verfassungsklage gegen das beabsichtigte Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden zum Ziel hatte. Dort ist im Paragraph 1 die Fusion von Saara-Nobitz verankert.
Zwar teilten die Stadträte mehrheitlich die Bedenken gegen eine Fusion der Nachbargemeinden, doch zum Äußersten kam es nicht. Der Stadtrat stimmte mehrheitlich einer Stellungnahme zu, die im Anhörungsverfahren des Landtages zum Gesetz eine Rolle spielen soll. Der Stadtrat verspricht sich so ein größeres Gewicht in der Debatte.
Lediglich die Fraktion Pro Altenburg stimmte mit dem Verweis auf den freien Bürgerwillen dagegen, zwei Stadträte enthielten sich.
Befürchtet wird, dass die geplante Fusion von Saara und Nobitz die Entwicklungsmöglichkeiten der Skatstadt einschränkt, sich eine Kragengemeinde um Altenburg bildet. Oberbürgermeister Michael Wolf (SPD) verwies auf den Status der Stadt als Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums. Man habe auch Aufgaben für die umliegenden Gemeinden zu erfüllen, die finanziert werden müssten. Doch der Landkreis sei nur so stark wie seine größte Stadt, sagte Wolf. Befürchtet wird auch, dass sich die neue Gemeinde zum Grundzentrum entwickeln könnte und so bei Gewerbeansiedlungen zum Konkurrenten Altenburgs würde.
Der Sondersitzung ging eine einstündige Demonstration der Bürgerinitiative Pro Nobitz vor dem Rathaus voraus. "Dem OB wird heut der Marsch geblasen", sagte Linke-Bundestagsabgeordneter und Saaraer Gemeinderat, Frank Tempel , und spielte damit auf die durchaus lockere Demo-Atmosphäre an. Mit Musik, Tröten und Plakaten hatten die etwa 400 Teilnehmer ihren Willen zur Fusion bekundet.

Petra Lowe / 18.09.12 / OTZ